

29.11.2002

## Soziale Stadt: Fünf Euro sind die Obergrenze

„Das Ziel der ‚Sozialen Stadt‘ die Leute zusammenzubringen, ist verfehlt.“

has Leer. Die Ausgleichsbeträge im Sanierungsgebiet ‚Soziale Stadt‘ werden nach Schätzungen des Bauvereins fünf Euro pro Quadratmeter nicht übersteigen. „Das ist die Obergrenze.“ Davon ist der Vorstands-Vorsitzende des Bauvereins, Fritz Zitterich, überzeugt. Meldungen, wonach Eigentümer für die Wohnwertsteigerung nach der Sanierung Ausgleichsbeträge bis zu 20 000 Euro für ihre Grundstücke zahlen müssten, bezeichnete Zitterich als Panikmache.

Er beklagte in diesem Zusammenhang die nicht ausreichende Informationspolitik der Stadt. Die Hausbesitzer sind dort so verunsichert, dass etwa 300 von ihnen eine Bürgerinitiative gegründet haben mit dem Ziel, aus dem Programm entlassen zu werden.

Die Stadt habe versäumt, die Anwohner ausreichend und umfassend zu unterrichten. Ein bedeutendes Ziel des Projektes ‚Soziale Stadt‘, die Bewohner zusammenzuführen, ist nach Ansicht des Bauvereins dadurch verfehlt worden. Die Eigentümer rücken von den Mietern in der Oststadt im Gegenteil stärker ab.

Bei einem Besuch in der OZ-Redaktion hat Bauvereins-Vorsitzer Zitterich zusammen mit dem Direktor des Verbandes der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen und Bremen, Bernd Meyer, insgesamt die Bedeutung der ‚Sozialen Stadt‘ hervorgehoben. Meyer wünschte sich allerdings, dass das Programm vom Land noch großzügiger ausgelegt würde.

Der Bauverein Leer ist mit 1 574 Wohnungen der größte Anbieter von Wohnraum in Leer. Allein im Quartier ‚Soziale Stadt‘ unterhält der Bauverein ungefähr 600 Wohnungen. Bis zum Jahresende wird der Bauverein einen Teil seiner Wohnungen dort auch mit Zuschüssen aus dem Projekt ‚Soziale Stadt‘ für rund eine Million Euro modernisieren.

Der Bauverein wird bei einer eventuellen Wohnwertsteigerung nach der Sanierung wie andere Eigentümer im Quartier auch Ausgleichsbeträge zahlen müssen.